

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zeile 15 Pl., 3 gespalt. Textzeile 60 Pl., Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unseren Geschäftsstellen entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärtig werden auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 216 90 unter „Allg. Jüd. Familienblatt“ erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Verlag und Redaktion:
Allgemeines Jüdisches Familienblatt
Leipzig, Gerberstraße 48/50 — Telefon 215 16
Postscheckkonto Nr. 216 90

Erscheint jeden Freitag. — Redaktionsschluß Dienstag mittag
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Bezugspreise: Abonnenten werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich. 2,40 Mark vierteljährlich inkl. Bestellgeld. Streifenband-Bezug für Deutschland, Oesterreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1,20 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1,50 Mark. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Gerberstr. 48/50; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 8; M. Gonzer, Berlin N 24, Oranienburger Str. 26; M. Laufer, Chemnitz, Kasernenstr. 8; Dresdner Redaktion: Leon Kesten, Kau-bachstraße 25

Kampf dem Wahlunrecht in Leipzig und Chemnitz

Als die letzte Leipziger Gemeindefassung am vergangenen Montag begann, waren wir alle im Glauben, daß Einsicht und Verständnis die Liberalen bewegen würden, dem Antrage der Volkspartei auf eine gütliche Einigung in der Wahlrechtsfrage zuzustimmen. In dieser Hoffnung bestärkte uns der Ausgang des Kampfes in Dresden. Aber wider besserer Einsicht und Vernunft siegte Unvernunft und brutaler Machtwille. Der Sprecher der Liberalen, Rechtsanwalt Dr. Goldschmidt, bekundete diesen Machtwillen mit den Worten, durch das freie Wahlrecht nicht das Schicksal der Gemeinde aufs Spiel setzen zu wollen. Und so haben denn die Vertreter der Volkspartei und Poale Zion das in dieser Situation einzig Mögliche getan: sie haben die Sitzung mit Protest verlassen.

Bei diesem Protest darf es jetzt nicht bleiben. Die Verhältnisse liegen in Leipzig, ähnlich wie in Chemnitz, wesentlich schwieriger als seinerzeit in Dresden. Hier sind die Liberalen, insbesondere Dank dem unglaublichen und verräterischen Verhalten der orthodoxen Gemeindevertreter, die das Vertrauen ihrer Wähler aufs gröblichste verletzt haben, beschlußfähig geblieben. Darauf stützen sich die Liberalen. Besonders ihr Führer Dr. Goldschmidt, der durch Fraktionszwang seine Fraktionskollegen zu der hohnsprechenden Erklärung zwang.

Jetzt kommt es darauf an, daß die Volkspartei konsequent und bewußt ihren Kampf mit allen Mitteln zu Ende führt, ohne auch nur ein Jota ihres vollen Anspruchs fallen zu lassen. Die Geschlossenheit des Willens der Volkspartei muß die liberale Fraktion zerreißen, in deren Mitte noch genug aufrechte Männer sind, die dieses Unrecht nicht mit ihrem Namen werden decken wollen. Wenn bei der Gemeindefassung am Montag nur ein Liberaler während der Abstimmung des Antrages Tumpowskis den Raum verließ, so bürgt uns schon sein Name dafür, daß es in der hiesigen Gemeinde prominente Männer wahrer liberaler Gesinnung gibt, die ihren Einfluß dafür einsetzen werden, daß es nicht zum Ärgsten kommt.

Doch darauf wollen wir uns nicht stützen. Die Liberalen mögen ihre Gegensätze untereinander austragen. Für uns ist jetzt die Situation gegeben, den nunmehr mit Schärfe begonnenen Kampf ohne Nachgiebigkeit fortzusetzen. Die vergangenen Jahre beweisen zur Genüge, daß jeder Versuch, zu einer teilweisen Einigung zu gelangen, erfolglos war. Jetzt müssen wir auf eine teilweise Einigung verzichten, um endlich ein-

mal diesem widerwärtigen und häßlichen Kampf ein für allemal ein Ende zu bereiten.

Drohungen der Liberalen sollen uns nicht schrecken. Wir werden unseren Anspruch und unser Recht auf alle Institutionen der Gemeinde nicht preisgeben. Darum werden wir auch in der Gemeinde bleiben und gegen alle Bestrebungen, die dahin laufen, die Gemeinde zu verlassen, ankämpfen.

Aber darauf kommt es jetzt an, die jüdischen Massen und die Öffentlichkeit aufzurütteln. Gewiß, es ist kein erfreulicher Zustand, in der jetzigen Zeit einen innerjüdischen Kampf in die nichtjüdische Öffentlichkeit zu tragen. Aber die Verantwortung dafür müssen jene tragen, die uns zu dieser Maßnahme zwingen.

Nur Geschlossenheit und fester Wille wird die Volkspartei zum Ziele führen. Sie muß jede Zusammenarbeit mit den Liberalen ablehnen. Die vorerst entstehenden Nachteile werden durch den Vorteil eines sicheren Sieges aufgehoben werden. Und an diesen Sieg glauben wir, weil er ein Sieg der Gerechtigkeit sein wird.

Die nächsten Wochen müssen Wochen des Kampfes sein. Wichtige Protestkundgebungen, namentliche Protestlisten an öffentliche Körperschaften und andere Maß-

nahmen müssen erfolgen. Wir werden dann sehen, ob die Herren Liberalen den Mut aufbringen werden, ihren rechtlosen Machtanspruch vor der Öffentlichkeit zu verteidigen.

Aber auch mit den Orthodoxen sollte jetzt aufgeräumt werden, die um der Ehre, aber nicht um der Pflicht willen sich in die Gemeinde wählen ließen. Wir müssen diesen Herren die Maske vom Gesicht reißen. Die Gemeindevertretung ist kein Asyl für Ehrenjäger, sondern für verantwortungsbewußte Männer. Zu dieser Erkenntnis müssen die orthodoxen Wähler geführt werden, die blindlings Leuten das Vertrauen schenken, die es — wie erwiesen — nicht verdienen.

In der Chemnitzer und Leipziger jüdischen Gemeinde tobt jetzt der Kampf um das Wahlrecht, zu einer Zeit, wo in Deutschland das Anwachsen der antisemitischen Welle die innerjüdische Geschlossenheit erforderlicher denn je macht. Sollte das nicht den Führern des liberalen Judentums Deutschlands außerhalb dieser Städte zu denken geben? Sollte es sie nicht veranlassen, in dieser schweren Stunde ihren starrköpfigen Freunden zu sagen, welches Unrecht sie an sich und am Gesamtjudentum begehen?

A. L.

Die jüdischen Wahlen in Berlin

Anwachsen der liberalen und volksparteilichen Stimmen

Die Berliner jüdischen Wahlen vom 30. November brachten von ungefähr 130 000 Wahlberechtigten (etwa 5000 Wahlberechtigte, die ihre Wahllegitimationen wegen Wohnungswechsels und aus anderen Gründen nicht bekommen hatten, bleiben außer Betracht) 77 398 an die Urne, das bedeutete eine Wahlbeteiligung von 59,54 Prozent. Ein derartig starkes Interesse an jüdischen Wahlen ist zum ersten Male seit dem Bestehen der Berliner Jüdischen Gemeinde festzustellen. Von der Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen (461 Stimmen wurden ungültig erklärt) erhielten die Liberalen 41 704, die Volkspartei 25 526, Mittelpartei 1776, die Konservativen 1390, die Poale Zion 1911, die Deutsche Liste 1344, der Klal Jisroel 113, die Ueberpartei 2333, die Positiv Liberalen 721, der Demokratische Block 119 Stimmen. Demgemäß erhalten die Liberalen 24 Mandate, die Volkspartei 14 Mandate, die Mittelpartei 1 Mandat, die Poale Zion 1 Mandat und die Ueberpartei 1 Mandat. Zum Vergleich seien die Wahlergebnisse vom 16. Mai 1926 angeführt. Damals erhielten die Liberalen 23 252, die Volkspartei 16 370, die Mittelpartei 5539, die Konservativen 2901, die Poale Zion 2155 von insgesamt abgegebenen 50 207 Stimmen. Verglichen mit der Wahl vom 30. November hat sich die Anzahl der abgegebenen Stimmen bei der ungefähr gleichen Anzahl von Stimmberechtigten um 54,1 Prozent erhöht. Der Wahlquotient bei der

Wahl am 30. November betrug 1887. Von den abgegebenen Stimmen erhielten die Liberalen 54 Prozent, die Volkspartei fast 33 Prozent, die Poale Zion 2,47 Prozent. Im Mai 1926 erhielten die Liberalen 46,31 Prozent, die Volkspartei 32,25 Prozent und die Poale Zion 4,27 Prozent. Gegenüber den bei der Wahl im Jahre 1926 erhaltenen Stimmen haben die Liberalen diesmal eine Steigerung ihrer Stimmenzahl von 80 Prozent und die Volkspartei eine Steigerung von 52 Prozent zu verzeichnen. Mittelpartei, Konservative und Poale Zion von den alten Parteien

XX

Echt Meissner Porzellan

als Geschenk von bleibendem Wert

Staatliche Porzellan-Manufaktur Meissen

EIGENE NIEDERLAGE:
Leipzig C 1, Goethestraße 6